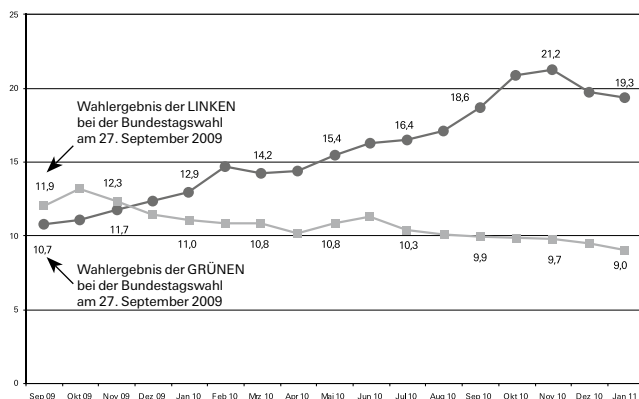


JOCHEN WEICHOLD

DER HÖHENFLUG DER GRÜNEN – EINE HERAUSFORDERUNG FÜR DIE LINKE?

«Umfragen sind nur Wetten auf die Zukunft.»¹ Und sie dürften nicht «für bare Münze» genommen werden, sagte der Fraktionschef der Grünen im Bundestag, Jürgen Trittin, unlängst der «Frankfurter Rundschau». Die Führungsriege der Öko-Partei ist sichtlich bemüht, die euphorischen Erwartungen der grünen Basis angesichts stabiler hoher Umfragewerte für die Partei bei der sogenannten Sonntagsfrage (siehe Grafik) zu dämpfen. Nur nicht abheben, sondern auf dem Teppich bleiben, lautet die aktuelle Parole, denn Arroganz und Überheblichkeit könnten bei den potentiellen Wählern schlecht ankommen.

ERGEBNISSE DER SOGENANTEN SONNTAGSFRAGE FÜR DIE GRÜNEN UND DIE LINKE
(Stimmenanteile in %)²



Dabei sind die Zuwächse für Die Grünen gar nicht so groß. Die Relation zu den anderen im Bundestag vertretenen Parteien verschiebt sich vor allem deshalb zugunsten der Öko-Partei, weil alle anderen Parteien – auch DIE LINKE – massiv Wähler an das Nichtwählerlager verlieren.³ Natürlich ist damit zu rechnen, dass sich kurz vor oder bei einer Landtags- oder Bundestagswahl eine Reihe derjenigen Befragten, die heute

sagen, sie seien unentschieden, wem sie ihre Stimmen geben, oder die der Wahl fernbleiben wollen, dann doch noch zur Urne schreiten werden. Insofern kann sich das Bild durchaus noch zu Ungunsten der Grünen verändern. Die Umfragedaten belegen jedoch, dass es den Grünen offensichtlich gelungen ist, ihre Anhänger bei der Parteifahrt zu halten. Die Grünen können so zu Recht optimistisch in das Wahljahr 2011 gehen. Die anhaltend hohen Umfragewerte bestärken sie darin ebenso wie die Tatsache, dass sie in den letzten zwei Jahren rund 5.000 neue Mitglieder hinzugewonnen haben. Mit insgesamt über 51.600 Mitgliedern nähern sie sich wieder der Marke von 51.813 Mitgliedern, die sie zu Beginn ihrer Regierungsjahre Ende der 1990er Jahre als bisher höchsten Wert erreicht hatten.⁴ Sie sind zudem kommunalpolitisch gut verankert: Nur in drei Kreistagen gibt es bisher noch keinen grünen Mandatsträger.

Die Grünen vermögen – wie die Daten der Wählerbefragungen zur Bundestagswahl 2009 und zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2010 belegen – insbesondere bei Menschen mit Abitur oder Hochschulabschluss zu punkten und erreichen hier deutlich höhere Werte als andere Parteien (siehe Tabelle). Überdurchschnittlich sind sie sowohl in der Altersgruppe zwischen 18 und 29 Jahren verankert als auch bei den 45- bis 60-Jährigen, die mit 33,5 Prozent inzwischen die größte Wählergruppe der Partei bilden.⁶ Mit der FDP konkurrieren sie erfolgreich um die sogenannten Besserverdienenden.

¹ «Mit linken Inhalten punkten». Fraktionschef Trittin über grünes Wachstum, unbequeme Politik und mündige Bürger [Interview]. In: Frankfurter Rundschau, Frankfurt am Main, 19.11.2010. ² Die Grafik basiert auf den Durchschnitten der monatlichen Mittelwerte der sechs Meinungsforschungsinstitute Allensbach, Emnid, Forsa, Forschungsgruppe Wahlen, Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung (GMS) und Infratest dimap (<http://www.wahlrecht.de/umfragen/index.htm> (Stand: 17.01.2011)). ³ Vgl. Matthias Lohre: Die Beamtenschaftspartei. In: taz – die tageszeitung, Berlin, 22.12.2010. – Ende 2010 gaben 35 Prozent der Befragten bei der «offenen Sonntagsfrage» von Infratest dimap an, dass sie entweder nicht wählen gehen wollen oder noch unentschieden seien, ob sie an der Wahl teilnehmen. Vgl. ebenda. ⁴ Nach Jahren der Mitgliederzuwächse hat dagegen DIE LINKE das Jahr 2010 mit einer Negativbilanz von rund 2.500 Mitgliedern abgeschlossen. Sie hatte zu Jahresbeginn 2011 noch rund 75.500 Mitglieder. Vgl. Neues Deutschland, Berlin, 03.01.2011; Main-Post, Würzburg, 03.01.2011.

VERGLEICH DER WÄHLER DER GRÜNEN UND DER LINKEN NACH ALTERSGRUPPEN, ERWERBSSTATUS, BERUFSGRUPPEN UND BILDUNGSGRUPPEN⁵

	Bundestagswahl am 27. September 2009		Landtagswahl in NRW am 9. Mai 2010	
	DIE LINKE	Die Grünen	DIE LINKE	Die Grünen
Wahlentscheidung in den Altersgruppen				
18 bis 29 Jahre	12	14	6	17
30 bis 44 Jahre	12	12	6	17
45 bis 59 Jahre	14	13	8	15
60 Jahre und älter	10	6	3	6
Wahlentscheidung nach Erwerbsstatus				
Berufstätige	12	12	7	16
Rentner	11	5	4	6
Arbeitslose	31	11	17	11
Wahlentscheidung in den Berufsgruppen				
Arbeiter	16	7	8	8
Angestellte	12	12	5	14
Beamte	8	15	4	15
Selbstständige	8	13	5	15
Wahlentscheidung in den Bildungsgruppen				
Hauptschule	11	5	5	6
Mittlere Reife	14	9	6	10
Hochschulreife	11	16	6	18
Hochschule	10	18	5	21
Wahlergebnis insgesamt	11,9	10,7	5,6	12,1

Die Öko-Partei wird vor allem von Angestellten, Beamten, Selbstständigen, Studierenden und Schülern gewählt, während Arbeiter, Arbeitslose und Rentner in ihrer Wählerschaft unterrepräsentiert sind.⁷ 40 Prozent der höheren Beamten in der Bundesrepublik sind gegenwärtig Anhänger der Grünen, in Berlin sogar 60 Prozent.⁸ Ralf Fücks, seines Zeichens Vorstandsmitglied der Heinrich-Böll-Stiftung, schreibt: «Die Grünen verkörpern das Lebensgefühl der urbanen Mittelklasse: liberal, ökologisch aufgeklärt, kosmopolitisch, tolerant und auf sozialen Ausgleich bedacht.»⁹

Der Göttinger Parteienforscher Franz Walter weist nach, dass Mitglieder und Anhänger der Grünen und der Freien Demokraten zwar den gutbürgerlichen Status teilen, jedoch gleichwohl verschiedenartige Lebenswelten im Milieu der Besserverdienenden begründen. «Zwischen diesen Welten gibt es bemerkenswert wenige soziale Kontakte und normative Berührungspunkte»¹⁰, schreibt Franz Walter. «Sie sind sich sozial nah, aber differieren im Ethos, in den Alltagsphilosophien, in ihren orientierenden Deutungsmustern nach wie vor erheblich.»¹¹ Diejenigen in der grünen Partei, die den soziologischen Verbürgerlichungsprozess ihrer Anhängerschaft auch als politisches Programm zum Ausdruck bringen wollten, sind nach dem Ende der rot-grünen Regierungszeit 2005 «eher weniger als mehr» geworden.¹² Prominente Wortführer dieses Flügels sind von der Politik in die Wirtschaft gewechselt oder haben die Partei ganz verlassen (Matthias Berninger, Margareta Wolf, Oswald Metzger). Wenn Gregor Gysi und Oskar Lafontaine zu Recht für sich in Anspruch nehmen, man müsse nicht arm sein, um links zu sein, dann gilt dies durchaus auch für eine große Zahl der Mitglieder und Anhänger der Grünen.

Eine Analyse des Meinungsforschungsinstituts TNS Infratest, das rund 2.000 Grünen-Wähler detailliert zu ihren politischen Vorstellungen und ihren Bündnisvorlieben befragt hatte, kam Anfang 2010 zu dem Schluss, dass die Einstellungen grüner Sympathisanten in den meisten Fragen weiterhin links von der Mitte angesiedelt waren. Mit anderen Worten: «Die Masse der Grünen-Wähler tickt noch immer ziemlich links.»¹³ Sie sind zwar soziokulturell bürgerlich, aber politisch links. «Das Sein bestimmt bei den Grünen-Wählern eben nicht weitgehend das Bewusstsein»,¹⁴ kommentierte Arvid Bell, bis November 2010 Mitglied des Parteirats der Grünen, den Befund. Während die FDP den materialistischen bourgeois im Auge hat, zielen Die Grünen auf den citoyen als den politisch engagierten Zeitgenossen, der sich eine am Gemeinwohl orientierte Politik wünscht.¹⁵

Vor diesem Hintergrund kann es nicht verwundern, dass sich die Wählerwanderung zwischen FDP und Grünen in Grenzen hält. Bei der Bundestagswahl 2009 gewannen Die Grünen (im Vergleich mit der Bundestagswahl 2005) 80.000 Wähler von der FDP hinzu, mussten aber an die Freien Demokraten 110.000 Wähler abgeben (Saldo: -30.000 Wähler). Deutlich größer waren dagegen der Wähleraustausch der Grünen mit der SPD und derjenige der FDP mit der CDU/CSU. Der Zustrom der Wähler von der SPD zu den Grünen betrug 1.370.000, der Abstrom von den Grünen zur SPD 500.000 Wähler (Saldo: 870.000 Wähler). Der FDP strömten von der Union 1.890.000 Wähler zu, während sie an CDU und CSU 750.000 Wähler verlor (Saldo für die FDP: 1.140.000 Wähler). Selbst die Wählerwanderung zwischen den Grünen und der Partei DIE LINKE war mehr als doppelt so groß wie die zwischen Grünen und FDP. Während der Zulauf von den LINKEN zu den Grünen 130.000 Wähler betrug, konnte DIE LINKE den Grünen 270.000 Wähler abwerben (Saldo für Die Grünen: -140.000 Wähler).¹⁶ Die Grünen und DIE LINKE konkurrieren insbesondere um Wähler, die in der Informationsindustrie und in der Kreativwirtschaft tätig sind.¹⁷

Im Unterschied zu den Grünen gehört es zu den Stärken der LINKEN, im gewerkschaftlichen Spektrum überdurchschnitt-

⁵ Zusammengefasst nach: Bundestagswahl 27. September 2009, Hrsg.: Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim, 28.09.2009, S. 3; Viola Neu: Bundestagswahl in Deutschland am 27. September 2009. Wahlanalyse, Onlinepublikation, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin, Dezember 2009, S. 76; Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Wahl in Nordrhein-Westfalen. Eine Analyse der Landtagswahl vom 9. Mai 2010, Mannheim 2010 (Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Nr. 141), S. 45, 48, 50 und 54. – Die Daten der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen sind insofern von besonderer Relevanz, weil dieses Bundesland mit rund 17,9 Millionen Einwohnern mehr Einwohner hat als die ostdeutschen Länder zusammengenommen. ⁶ Vgl. Matthias Lohre: Die Beamtenschaftspartei, a.a.O. – Unter den 18- bis 24-Jährigen schnitten Die Grünen bei der Bundestagswahl 2009 mit 15,4 Prozent am besten von allen Parteien ab. Vgl. ebenda. ⁷ Vgl. Viola Neu: Bundestagswahl in Deutschland am 27. September 2009, a.a.O., S. 89. ⁸ Vgl. Forsa-Chef Güllner über das Grünen-Hoch. In: B.Z., Berlin, 16.10.2010 (Online-Ausgabe). ⁹ Ralf Fücks: Kein Zurück mehr in die unschuldige Opposition. In: Neues Deutschland, Berlin, 20./21.11.2010. ¹⁰ Franz Walter: Gelb oder Grün? Kleine Parteiengeschichte der besser- verdienenden Mitte in Deutschland, Bielefeld 2010, S. 125. ¹¹ Ebenda, S. 126. ¹² Vgl. ebenda, S. 107. ¹³ Ralf Beste: Grüne: Jung, bürgerlich, links. In: DER SPIEGEL, Hamburg, 2010, Nr. 4 (vom 25.01.2010), S. 34. ¹⁴ Zit. in: ebenda. ¹⁵ Vgl. Albrecht von Lucke: Grün schlägt Schwarz. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Berlin, 2011, Nr. 1, S. 8. ¹⁶ Vgl. Viola Neu: Bundestagswahl in Deutschland am 27. September 2009, a.a.O., S. 96. – In Ostdeutschland verloren Die Grünen bei der Bundestagswahl 2009 (im Vergleich zur Bundestagswahl 2005) 10.000 Wähler an die FDP (Zustrom: 10.000 Wähler, Abstrom: 20.000 Wähler). An DIE LINKE verloren Die Grünen hier 30.000 Wähler (Zustrom: 50.000 Wähler, Abstrom: 80.000 Wähler). Vgl. ebenda, S. 103. ¹⁷ Lothar Bisky forderte auf dem Programmkonvent der LINKEN im November 2010 in Hannover: «Wir müssen auf die zugehen, die mit den modernsten Produktivkräften arbeiten. [...] Wir werden keinen radikal demokratisch-sozialistischen Ansatz gesellschaftlicher Veränderungen offensiv und erfolgreich vertreten können, wenn wir alle diese Entwicklungen (die sich im Kontext der Informationsindustrie vollziehen – J. W.) im Programm nicht ausreichend widerspiegeln und die Träger dieser Veränderungen mit unserem Programm nicht ansprechen oder nicht erreichen.» Das gute Leben gehört in unsere programmatische Debatte. Rede von Lothar Bisky zum Programmkonvent der LINKEN. In: Programmkonvent, Hannover, 7. November 2010. Reden von Gesine Löttsch, Klaus Ernst, Lothar Bisky und Oskar Lafontaine, Hrsg.: Parteivorstand der Partei DIE LINKE, Berlin 2010, S. 5/6.

lich gut verankert zu sein. Bei der Bundestagswahl 2009 votierten nach einer Analyse der Forschungsgruppe Wahlen 17 Prozent der Wähler mit Gewerkschaftsmitgliedschaft für DIE LINKE (ca. 43 Prozent mehr als in der Wählerschaft insgesamt). Für Die Grünen stimmten 10 Prozent der Wähler mit Gewerkschaftsmitgliedschaft, ein Wert leicht unter ihrem Gesamtergebnis.¹⁸ Die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2010 bestätigte diesen Trend.¹⁹

Auch wenn es stimmt, dass konkrete Forderungen, Konzepte oder gar Parteiprogramme nicht die entscheidende Rolle spielen, wenn es darum geht, das Wahlverhalten zu erklären, dürften politische Konzepte bei einer Wählerklientel, die sich überwiegend aus Menschen mit einem höheren Bildungsgrad, oft mit akademischen Berufen, rekrutiert, einen größeren Stellenwert bei der Wahlentscheidung spielen als bei anderen. In Zeiten der immer noch nicht überstandenen Finanzmarktkrise mit ihren vielfältigen Auswirkungen auf das wirtschaftliche und soziale Leben sind Die Grünen diejenige Partei, die mit dem Green New Deal ein in sich stimmiges und damit glaubwürdiges Zukunftskonzept entwickelt und auf eine griffige, eingängige Formel gebracht hat.

Der Green New Deal wurde 2008/09 als Antwort der deutschen Grünen und ihrer europäischen Schwesterparteien auf drei globale Herausforderungen entwickelt – auf die dramatisch fortschreitende Klimakrise, auf die globale Finanz- und Wirtschaftskrise und auf die nie dagewesene Hungerkrise. Diesen Herausforderungen soll mit massiven Zukunftsinvestitionen in Klima, Bildung und Gerechtigkeit, mit Investitionen in die materielle Basis für eine nachhaltige Gesellschaft begegnet werden. Angestrebt wird ein neuer Gesellschaftsvertrag, der gerechte Verhältnisse herstellt und nicht Steuern senkt für diejenigen, die ohnehin mehr haben, sondern Kaufkraft herstellt bei Geringverdienern, Rentnern und ALG-II-Empfängern. Green New Deal steht in ökologischer und ökonomischer Hinsicht für eine nachhaltige Zukunft, für langfristigen Wohlstand und gegen kurzfristige Profit-Macherei, für eine Ressourcen-Revolution, für massive Investitionen in Wissenschaft und Forschung, für nachhaltige Transportsysteme, für ein nuklear- und gentechnikfreies Europa. Investitionen in Erneuerbare Energien und in Ressourcen sparende Produktionsmethoden sollen neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen, die Massenarbeitslosigkeit abbauen, damit die Sozialsysteme entlasten und Sektoren der Bevölkerung aus prekären Lebenslagen herausführen.²⁰ Green New Deal steht in sozialer und demokratischer Hinsicht für die Umverteilung des Reichtums von oben nach unten und für die Beseitigung der Armut durch die Einführung von Mindestlöhnen, für die Stärkung von Arbeitnehmerrechten, für die Herstellung von globaler sozialer Gerechtigkeit, für den Schutz der Menschenrechte und für Transparenz und digitale Rechte. Immigration sei als Chance für die europäischen Gesellschaften zu begreifen. Green New Deal steht in außen- und sicherheitspolitischer Hinsicht für ein verantwortliches Europa in der Welt und geht davon aus, dass durch Ressourcen sparende Produktionsmethoden und durch die Umstellung der Energieerzeugung von fossilen Energieträgern auf Erneuerbare Energien die Abhängigkeit der einheimischen Wirtschaft von Exporten verringert, der Kampf um Rohstoffquellen entspannt und damit die Welt sicherer wird. Green New Deal steht für fairen Handel und zielt auf ein Mehr an Gerechtigkeit zwischen dem Norden und dem Süden dieser Welt.²¹

Das Konzept des Green New Deal verharret jedoch im Rahmen des kapitalistischen Systems und versucht nicht, ihn zu überschreiten. Kapitalismus-Kritik, Eigentumsproblematik und die Frage der sozialen Gerechtigkeit bleiben unterbelichtet. Gerade das sind aber die Stärken im Programm-Entwurf der Partei DIE LINKE. In der Präambel des Entwurfs wird eine notwendige «sozial-ökologische Wende» als Schlüsselbegriff herausgestellt. Diese Zielstellung steht aber nur als ein (unverbundener) Baustein neben anderen. Der Begriff der «sozial-ökologischen Wende» ist zu hölzern – und (wie Lothar Bisky auf dem Programm-Konvent der LINKEN in Hannover kritisierte) er bleibt noch zu «fleischlos».²²

Die Politische Bundesgeschäftsführerin der Grünen, Steffi Lemke, nannte auf der Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) ihrer Partei Mitte November 2010 in Freiburg im Breisgau²³ drei Gründe für den derzeitigen Aufschwung der Öko-Partei: Erstens seien die Themen der Partei (vom Klimaschutz über Lärminderung bis zu Bio-Lebensmitteln) in der Breite der Gesellschaft angekommen. Zweitens wären Die Grünen glaubwürdig, sachorientiert und zukunftsorientiert. Ein dritter Grund sei schließlich die schlechte Performance der anderen Parteien. Aus Sicht von Steffi Lemke sind die gegenwärtigen Erfolge der Öko-Partei das Ergebnis jahrelanger Arbeit: «Wir ernten jetzt das, was wir selbst gesät haben.»

Zu den Ursachen für den Höhenflug der Grünen gehört auch, dass sie in der Frage der Proteste gegen die Atommüll-Transporte oder des Widerstandes gegen Großprojekte wie «Stuttgart 21» ein stärkeres Profil entwickelt haben als DIE LINKE. Geschickt präsentieren sie sich als parlamentarischer Arm der Bürgerprotest-Bewegung, die das Jahr 2010 politisch dominiert hat. Der Markenkern der Grünen, das Thema Ökologie, ist durch den Deal der Regierung Merkel mit den Energiekonzernen hinsichtlich der Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke noch deutlicher in Erscheinung getreten. Sünden der Vergangenheit wie die Zustimmung zum NATO-Krieg gegen Jugoslawien und zum Afghanistan-Einsatz oder ihr Mitwirken an der Hartz-Gesetzgebung in der rot-grünen Bundesregierung werden der Öko-Partei nicht angelastet. Stattdessen verkörpern Die Grünen angesichts der desaströsen schwarz-gelben Regierungspolitik eine Projektionsfläche für vielfältige Erwartungen und Hoffnungen. Viele würden merken, so Trittin, dass Die Grünen im Prinzip Recht haben: «Nicht unbedingt, weil sie unsere Programme in jedem Punkt unterstützen, sondern weil sie sehen, dass die Richtung stimmt.»²⁴ Union und FDP haben spätestens seit dem CDU-Parteitag und der Haushaltsdebatte im Bundestag im November 2010 Die Grünen als künftigen Hauptgegner ausgemacht. Sie attackieren die Öko-Partei als «Wohlfühlpartei» oder als «Dagegen-Partei», die unbezahlbare Forderungen erheben

¹⁸ Vgl. Viola Neu: Bundestagswahl in Deutschland am 27. September 2009, a.a.O., S. 77. – Infratest dimap ermittelte in dieser Frage 15 Prozent für DIE LINKE und 11 Prozent für Die Grünen. Vgl. ebenda, S. 75. ¹⁹ Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Wahl in Nordrhein-Westfalen, a.a.O., S. 49. ²⁰ Im Jahr 2009 verdankten in der Bundesrepublik Deutschland bereits rund 340.000 Menschen ihren Arbeitsplatz der Erzeugung von Strom, Wärme oder Treibstoffen aus erneuerbaren Quellen – mehr als doppelt so viele wie im Jahr 2004. Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Pressemitteilung Nr. 150/10, Berlin, 07.10.2010. ²¹ Vgl. Bündnis 90/Die Grünen: Volles Programm: Mit Wums! für ein besseres Europa [= Europawahlprogramm], Berlin 2009, S. 17 ff.; United green parties of Europe: A Green New Deal for Europe. Manifesto for the European election campaign 2009, Brussels 2009. ²² Vgl. Das gute Leben gehört in unsere programmatische Debatte, a.a.O., S. 5. ²³ Vgl. zu dieser und den unten folgenden Passagen zur BDK der Grünen in Freiburg im Breisgau im November 2010: Jochen Weichold: Auf dem Teppich geblieben. Zur 32. Ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Mitte November 2010 in Freiburg i. Br. [Bericht, als Manuskript vervielfältigt], Berlin, 23. November 2010. ²⁴ «Mit linken Inhalten punkten», a.a.O.

würde. CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt macht in den Grünen eine Gefahr für die Demokratie in Deutschland aus – da habe sich seit der Zeit vor 30 Jahren in Wahrheit nicht viel verändert: «Die Turnschuhe und Pullover sind getauscht worden gegen Anzug und Krawatte. Aber drin stecken immer noch die gleichen Steinewerfer und Brandstifter wie damals»,²⁵ sagte Dobrindt dem Berliner «Tagesspiegel» mit dem Blick auf die Beteiligung der Grünen an den Protesten gegen die Atommülltransporte und gegen das Bahn- und Immobilienprojekt «Stuttgart 21». Und FDP-Generalsekretär Christian Lindner wirft der Öko-Partei «obszöne Umverteilungsversprechen» vor²⁶ und erkennt in ihr die «Trojaner» der Linken. Auf dem Stuttgarter Dreikönigstreffen der FDP am 6. Januar 2011 sagte er, Die Grünen seien keine bürgerliche, sondern eine linke Partei:²⁷ «Sie sind das Trojanische Pferd der deutschen Politik.»²⁸

Der grüne Parteichef Cem Özdemir hat den Fehde-Handschuh von Union und FDP aufgenommen und auf dem Freiburger Parteitag die schwarz-gelbe Koalition heftig attackiert. Bei dieser Regierung suche man eine zukunftsfähige Idee von Deutschland, wie es in zehn Jahren aussehen soll, vergeblich. Stattdessen praktiziere Angela Merkel die neoliberale Klientelpolitik des Leipziger CDU-Parteitags 2003. In diesem Kontext hat Özdemir eine schwarz-grüne Koalition im Bund zumindest vorerst ausgeschlossen. Wer den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft durch eine Verlängerung von Laufzeiten für Atomkraftwerke in Frage stelle, «der kann kein Bündnispartner der Grünen sein». Eine Aussage, für die er von den Delegierten viel Beifall erhielt. Und die durchaus die Stimmung der grünen Sympathisanten im Land trifft. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat schwarz-grüne Koalitionen als «Hirngespinnste» ins Reich der Phantasie – und damit aus der politischen Realität – verbannt. Mit dem Ausstieg der Grünen aus dem schwarz-grünen Senat in der Hansestadt Hamburg wurde das erste Referenzprojekt dieser Art auf Landesebene beerdigt. Nur im westlichen Beitrittsgebiet, dem Saarland, wo die Uhren ohnehin anders ticken, sind beide Parteien noch Partner in einer Jamaika-Koalition mit der FDP. Auf absehbare Zeit sind damit schwarz-grüne Blütenträume – an der Basis beider Parteien ohnehin unbeliebt – an der rauen Wirklichkeit vorerst gescheitert. Cem Özdemir sieht nach Hamburg zwar «keinen Anlass, Schwarz-Grün grundsätzlich für undenkbar zu erklären, aber die Konstellation ist deutlich unrealistischer geworden durch den Kurs, den Angela Merkel jetzt fährt»²⁹.

Auch die Medien scheinen inzwischen davon auszugehen, dass sich die hohen Umfragewerte für Die Grünen materialisieren und die Partei in der nächsten Bundesregierung vertreten sein könnte. Daher nehmen sie die Beschlüsse der jüngsten BDK in Freiburg deutlich genauer unter die Lupe als in der Vergangenheit. Von der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» über «Die Welt am Sonntag» bis zur «tageszeitung» (taz) wird detailliert geprüft, ob insbesondere die Konzepte zur Energiepolitik und zur Grünen Bürgerversicherung im Gesundheitswesen realistisch und finanzierbar sind, und ausgerechnet, welche Belastungen vor allem auf den Mittelstand zukommen, wenn die Pläne umgesetzt würden.

Cem Özdemir hat auf dem Freiburger Parteitag indirekt eingestanden, dass die grünen Projekte insgesamt noch nicht durchgerechnet sind und ihre Bezahlbarkeit mithin fraglich ist. Er versicherte, dass Die Grünen vor der Bundestagswahl

2013 durchgerechnete Konzepte für eine Energiewende, mehr soziale Gerechtigkeit und bessere Bildung vorlegen werden: «Die Zeiten sind vorbei, wo man im Zweifelsfall die Milliarden aus dem Ehegattensplitting zweimal ausgeben konnte.»

Die Grünen wollen 2011 in die Landtage von Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern einziehen, um dann erstmals in ihrer Geschichte in allen Landtagen vertreten zu sein. Darüber hinaus hoffen sie, in Baden-Württemberg oder in Berlin erstmals den Ministerpräsidenten bzw. den Regierenden Bürgermeister stellen zu können. Man setze in beiden Bundesländern «auf Sieg, nicht auf Platz», erklärte die Parteiführung dazu. Insbesondere in Berlin wird es bei der Abgeordnetenhauswahl im September 2011 darum gehen, ob die rot-rote Koalition fortgesetzt werden kann oder ob sie – bei anhaltender Schwäche der CDU und der FDP – durch ein Regierungsbündnis aus SPD und Grünen ersetzt wird.³⁰ Nicht zuletzt unter diesem Aspekt ist die in der Überschrift gestellte Frage, ob der Höhenflug der Grünen eine Herausforderung für DIE LINKE darstellt, mit einem klaren Ja zu beantworten. Das Verhältnis zwischen Grünen und LINKEN wird sowohl durch Konkurrenz als auch durch potentielle Partnerschaft geprägt:

ERSTENS sind LINKE und Grüne Konkurrenten vor allem um die Gewinnung der Wählerschichten aus den emanzipationsorientierten Milieus, zu denen insbesondere die modernen Arbeitnehmer zählen, auf die DIE LINKE nicht verzichten kann, um sich als die Partei zu profilieren, die soziale Gruppen aus der «Mitte» und dem «Unten» solidarisch miteinander verbinden will.

ZWEITENS sind beide Parteien dabei Konkurrenten hinsichtlich tragfähiger Zukunftskonzepte: Green New Deal versus einer noch auszuarbeitenden Kombination aus «zukunftsfähigem Sozialstaat» und «sozial-ökologischer Wende».

DRITTENS können beide Parteien Partner in wichtigen politischen Fragen sein. Programmatische Schnittmengen gibt es insbesondere auf den Gebieten der Ökologie und der Wirtschafts- und Sozialpolitik, bei der Stärkung von Bürgerrechten und Demokratie und auf den Gebieten der Energiepolitik, der Kommunalpolitik und der Gesundheitspolitik.

²⁵ Der Tagesspiegel, Berlin, 21.11.2010. ²⁶ Zit. in: Nürnberger Nachrichten, Nürnberg, 20.11.2010 (Online-Ausgabe). ²⁷ Vgl. taz – die tageszeitung, Berlin, 07.01.2011. ²⁸ Zit. in: STERN.DE, Hamburg, 06.01.2011. URL: <http://www.stern.de/politik/analyse-bewaehrungssprobe-bis-mai-fuer-westerwelle-1640702.html>. ²⁹ «Ich bin zu sehr Schwabe und Skeptiker». Grünen-Chef Cem Özdemir mahnt zur Zurückhaltung bei Sozialtransfers und entwirft einen neuen «German Dream» [Interview]. In: Die Welt, Berlin, 07.01.2011. ³⁰ Die jüngste Umfrage von Infratest dimap vom 10. Januar 2011 sieht die SPD bei 29 Prozent der Wählerstimmen und Die Grünen bei 25 Prozent. DIE LINKE kommt auf 17 Prozent der Stimmen. Die CDU steht bei 20 Prozent und die FDP bei lediglich 4 Prozent der Wählerstimmen. Vgl. Neues Deutschland, Berlin, 11.01.2011.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
Redaktion: Marion Schütrumpf-Kunze
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127
Fax -122 · m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de